Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003907/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Tineke Strik (Verts/ALE), Saskia Bricmont (Verts/ALE), Fabienne Keller (Renew), Birgit Sippel (S&D), Estrella Galán (The Left), Konstantinos Arvanitis (The Left), Leoluca Orlando (Verts/ALE), Ilaria Salis (The Left), Jan-Christoph Oetjen (Renew), Erik Marquardt (Verts/ALE)

Betrifft: Aussetzung des Zugangs zu Asyl in Griechenland

Am 11. Juli 2025 wurde im griechischen Parlament eine Gesetzesänderung[1] angenommen, mit der der Zugang zu Asyl für Personen, die irregulär mit dem Boot aus Nordafrika ankommen, für drei Monate ausgesetzt wurde. Diese Personen würden ohne Registrierung in ihr Transit- oder Herkunftsland zurückgeführt werden.

Die Kommission wird gebeten, die folgenden nummerierten Fragen zu beantworten:

1. Wie bewertet die Kommission diese Änderung in Bezug auf die Verpflichtungen Griechenlands gemäß den Artikeln 4, 18 und 19 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der Asylverfahrensrichtlinie (2013/32/EU), der Richtlinie über Aufnahmebedingungen (2013/33/EU) und der Rückführungsrichtlinie (2008/115/EG)?

2. Wie bewertet die Kommission das Argument der griechischen Behörden, wonach die gestiegene Zahl der Ankünfte eine asymmetrische Bedrohung darstelle, die die Grundlage des internationalen Rechts und des EU-Rechts im Bereich des Asylverfahrens außer Kraft setze, und dazu führe, dass es objektiv absolut unmöglich sei, Asylanträge fristgerecht zu bearbeiten?

3. Welche Maßnahmen wird die Kommission – unter Berücksichtigung ihres Standpunkts zu den Fragen 1 und 2 – hinsichtlich der Verpflichtungen Griechenlands gemäß Artikel 17 des Vertrags über die Europäische Union ergreifen?

Eingang: 6.10.2025

[1] https://www.hellenicparliament.gr/UserFiles/bbb19498-1ec8-431f-82e6-023bb91713a9/13000939.pdf.